

First Things First, das Programm der Jungen Liberalen zur Bundestagswahl 2025

Kapitel 9: ein Land mit ausgeprägtem Rechtsstaat.

Wir Junge Liberale begreifen uns als Verfassungspatrioten. Das heißt, das Rechtsstaatsprinzip ist für uns Grund und auch Grenze aller Sicherheitsbehörden. Wir wollen einen gut ausgestatteten Sicherheitsapparat, der die Bevölkerung wirksam vor Bedrohungen von innen und außen schützt. Aber wir wollen eben auch keine fundamentalen Freiheiten aufgeben und wollen deshalb eine wirksame Kontrolle aller Sicherheitsbehörden durch demokratische Institutionen. Denn am Ende des Tages ist klar, wir brauchen Sicherheit und wir brauchen auch Freiheit und deswegen darf der Bürger nicht zum Spielball von Willkür werden.

Deshalb fordern wir einen **Stopp jeglicher anlasslosen Überwachung**

- Sie stellt alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht. Am Ende des Tages aber ist die Privatsphäre ein grundlegendes Menschenrecht, das nicht nur für Personen gilt, die etwas zu verbergen haben.
- Massenüberwachung aber stellt die Umkehrung dieses demokratischen Grundprinzips dar, denn die Bürger sollten die Regierenden überwachen, nicht umgekehrt.
- Darüber hinaus führt anlasslose Überwachung oft zu einer Sicherheitsillusion, denn in der Realität zeigen auch viele Studien, dass Massenüberwachung oft nicht effektiv ist und Kriminalität nicht signifikant reduziert.
- In erster Linie tangiert sie primär unbescholtenen Bürger, da Kriminelle ohnehin auf unüberwachte Kanäle oder schwer überwachbare Kommunikationsformen ausweichen, die für gewöhnliche Bürger oft eben nicht praktikabel ist.
- Das gilt ganz besonders für jegliche Form von Vorratsdatenspeicherung und ihre geistigen Erben wie die Chatkontrolle, aber auch für den Einsatz von Staatstrojanern.

Es gibt **grundrechtsschonende Alternativen**

- wie zum Beispiel das sogenannte **Quick Freeze Verfahren**.
 - Das bedeutet, wie der Name schon sagt, Schockfrost und ist ein rechtliches Instrument zur vorübergehenden Sicherung von Telekommunikationsdaten.
 - Im Gegensatz zur Vorratsdatenspeicherung aber werden die Daten hier mit einem konkreten Anlass gespeichert. Das heißt, es muss einen spezifischen Verdacht geben, der dann auch richterlich genehmigt wird.
 - Das läuft in einem Zwei-Stufen-Prozess ab
 - einerseits das Einfrieren, wenn ein Verdacht auf eine erhebliche Straftat vorliegt, dann kann das Ganze beantragt werden und wenn es eine richterliche Anordnung gibt, dann werden Daten eingefroren, so dass sie eben nicht gelöscht werden können. Und wenn sich dann der Verdacht erhärtet, dann können diese Daten auch später für die Strafverfolgung genutzt werden.
- Darüber hinaus **darf der Staat keine Sicherheitslücken für Ermittlungszwecke aufkaufen oder bewusst offen halten**. Stattdessen müssen sie umgehend dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, dem sogenannten BSI,

gemeldet werden, das dann eine Schließung der Lücke durch den Hersteller herbeiführt oder die Lücke veröffentlicht.

- Deswegen ist es auch ganz wichtig, dass das BSI aus der Aufsicht des Bundesinnenministeriums gelöst wird und stattdessen als unabhängige Behörde ausgebaut wird, denn sonst besteht die Gefahr, dass das Bundesinnenministerium in die Arbeit des BSI beeinflusst, um zu verhindern, dass Sicherheitslücken geschlossen werden, damit Sicherheitsbehörden wiederum diese Lücken ausnutzen können.
- Da dies aber auch ein Angriff auf die Privatsphäre von jedem unbescholtenen Bürger wäre, lehnen wir das selbstverständlich ab.

Wir wollen **eine funktionale Personal- und Sachausstattung für die Polizei.**

- Polizist ist ein anspruchsvoller Beruf mit einem hohen Maß an Verantwortung in der Gewaltenteilung unserer Bundesrepublik. Und dieses hohe Maß an Verantwortung und Sensibilität dieser Beruf mit sich bringt, der muss auch in der Ausstattung und in dem Arbeitsumfeld dieses Berufes wiedergespiegelt werden. Gute Ausstattung, gute Bezahlung und ein gutes Arbeitsklima.
- Gleichzeitig ist es so, dass mit viel Macht auch viel Verantwortung einhergeht und die Polizei auch einiges an Vertrauen in den vergangenen Jahren verloren hat. Dieses Vertrauen muss aber unbedingt zurückgewonnen werden, denn die Kooperation und das gegenseitige Vertrauen von Gesellschaft und Polizei ist für die innere Sicherheit essentiell.
- Denkt man zum Beispiel an die Zeiten des RAF-Terrors, also an den Terror durch die rote Armee-Fraktion, dann musste man damals feststellen, dass signifikante Teile der Gesellschaft bereit waren, Terroristen zu verstecken und nicht mit der Polizei zu kooperieren. Und das war eine Bedrohung für die Sicherheitsordnung als Ganzes. Und **deswegen bleibt es essentiell, dass der wesentliche Teil der Bevölkerung ein großes Vertrauensgefühl gegenüber der Polizei hat** und man dieses Vertrauen eben auch zurück gewinnt.

Uns streben dabei **zwei konkrete Maßnahmen** vor.

- Erstens eine unabhängige Ermittlungsbehörde, die eben auch Vorfälle transparent und erfolgreich aufklärt.
- Und zweitens wünschen wir uns auch bei Polizeieinsätzen eine Kennzeichnungspflicht in Form einer pseudonymisierten Kennziffer, damit eine Ermittlung bei einem Fehlverhalten eben auch stattfinden kann.

Wir wollen den **Verfassungsschutz reformieren.**

- Auch der hat in den letzten Jahren wegen seiner Rolle im NSU-Skandal ganz stark an Vertrauen eingebüßt.
- Was wir dringend brauchen ist deshalb eine **Föderalismusreform in der Sicherheitsarchitektur**, insbesondere durch eine Reduktion der Anzahl der Landesämter für Verfassungsschutz.
- Bundesländer wie Bremen oder das Saarland brauchen keinen eigenen Verfassungsschutz. Stattdessen sollte man dort das Landesamt für Verfassungsschutz einfach in die umliegenden Bundesländer inkludieren und einordnen. Denn vor den Grenzen des Stadtstaats Bremen zum Beispiel macht am Ende kein krimineller Halt.

- Darüber hinaus fordern wir auch eine gesetzliche Grundlage für die Kooperationsplattform der Sicherheitsbehörden. Dort wird der Datenaustausch geregelt.
- Es ist auf der anderen Seite aber eben auch wichtig, dass dieser Austausch parlamentarischer Kontrolle unterliegt.

Extremismus entschlossen bekämpfen.

- Der wichtigste Aspekt dabei, Präventions- und Ausstiegsangebote für extremistische Strömungen müssen konsequent finanziert werden.
- Aber auch gegen Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst wollen wir wirksam durchgreifen.
 - Insbesondere gegen ihre Rückkehr wollen wir mit allen rechtlichen und dienstrechtlichen Möglichkeiten vorgehen. Extremistische Netzwerke wollen wir zerschlagen, zum Beispiel indem wir ihre Finanzquellen austrocknen.
- Links- und Rechtsextremisten sowie Reichsbürger wollen wir konsequent entwaffnen.
 - Ganz konkret sollen sobald Erkenntnisse zu Extremismus vorliegen, grundsätzlich die Waffenbehörde informiert werden, so dass diese dann auch tätig werden kann.
- **Einen Generalverdacht gegenüber rechtschaffenen privaten Waffenbesitzern lehnen wir allerdings strikt ab.**

Darüber hinaus wollen wir auch **Staatsanwälte unabhängig machen**, indem wir das externe Weisungsrecht der Justizminister gegenüber den Staatsanwälten abschaffen.

Wir wollen die Meinungsfreiheit schützen

- dabei ist klar, dass auch digitale Plattformen mehr Verantwortung übernehmen müssen.
- Letztes Jahr ist der sogenannte Digital Service Act auf europäischer Ebene in Kraft getreten und Rahmen dessen wurden einige Sorgfaltspflichten für Plattformen eingeführt.
- Klar ist aber, die dürfen nicht dazu führen, dass die Meinungsfreiheit beeinträchtigt wird oder dass private anstatt staatliche Gerichte über die Grenzen der Meinungsfreiheit entscheiden. In dieser Hinsicht ist der DSA auch ein gelungener Schritt, denn er legt ein harmonisiertes Regelwerk fest und darüber hinausgehende Verschärfungen für Löschfristen und Meldepflichten sind unzulässig. Das heißt er legt eben auch eine Grenze ein, über was man nicht hinausgehen darf.
- Gleichzeitig bleibt die Gefahr des Overblockings natürlich groß. Der Schutz der Meinungsfreiheit und auch Maßnahmen zur Eindämmung des Verbreitens illegaler Inhalte sind im Digital Service Act grundsätzlich außer Balance.
- Zum Beispiel wurde der Katalog illegaler Inhalte vergrößert, Uploadfilter werden erlaubt, während gleichzeitig zivilrechtliche Durchsetzungsbefugnisse für Sperrungen zum Beispiel fehlen.
 - Dies sehen wir als Gefahr für die Meinungsfreiheit und deswegen setzen wir uns dafür ein und machen uns dafür stark, dass auf digitalen Plattformen die Meinungsfreiheit nicht eingeschränkt wird.

Wir wollen die Gewalt gegen Frauen und Mädchen weltweit bekämpfen.

- Das bedeutet vor allem, dass die Istanbul-Konvention endlich vollständig umgesetzt werden. Das umfasst Schulungen für die Polizei, für die Justiz, aber auch für Sozialdienste wie zum Beispiel das Jugendamt.
- Diese Schulungen sollen natürlich zum Schutz der Betroffenen dienen. Und zudem müssen auch Femizide als besondere Form geschlechtsspezifischer Gewalt anerkannt und dokumentiert werden.“